

Die „Vierteljahrshefte“ werden jährlich zweimal, Samstags und Montags am einmaligen mit den Unterabteilungen „Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend“ zum Kanalar geladen, der im Laufe des Tages auch noch mit anderen führenden Politikern Fühlung nahm. Der Kanalar habe diese Abgeordneten nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er Klarheit wünscht und deshalb eine Verschleierung des Vertrauensvotums nicht zulassen werde. Auch werde er ablehnen, die Regierung zu behalten, wenn sich nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen ergeben sollte. Die Leitung der Zentrumsfraktion erklärt eine Aufforderung an ihre Mitglieder, bei der Abstimmung am Mittwoch pünktlich und vollzählig anwesend zu sein. Das Fehlen einiger Stimmen könnte für das ganze Reich von den verhängnisvollsten Folgen sein.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ziel der bürgerlichen Parteien

Der Kampf um Wirth

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ mitteilt, waren gestern in der Mittagsstunde Weis und Müller zum Kanzler geladen, der im Laufe des Tages auch noch mit anderen führenden Politikern Fühlung nahm. Der Kanzler habe diese Abgeordneten nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er Klarheit wünscht und deshalb eine Verschleierung des Vertrauensvotums nicht zulassen werde. Auch werde er ablehnen, die Regierung zu behalten, wenn sich nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen ergeben sollte. Die Leitung der Zentrumsfraktion erklärt eine Aufforderung an ihre Mitglieder, bei der Abstimmung am Mittwoch pünktlich und vollzählig anwesend zu sein. Das Fehlen einiger Stimmen könnte für das ganze Reich von den verhängnisvollsten Folgen sein.

Inzwischen wird in der Presse der Deutschen Volkspartei und in den Blättern, die es halb mit Stinnes, halb mit Helfferich halten, die persönliche Hehe gegen Dr. Wirth munter fortgesetzt. Bemerkenswert ist ein Artikel in der heutigen Ausgabe der „Zeit“, der sich inhaltlich mit ähnlichen Ausführungen der „Täglichen Rundschau“ deckt. Bemerkenswert deshalb, weil er kennzeichnend ist für die Art, wie im deutschen Bürgertum Politik gemacht wird. Wenn wir die Haltung des Kabinetts Wirth in der Frage des Beamtenstreiks beurteilen, so geschieht dies aus sachlichen Gründen. Herr Dr. Wirth mag persönlich der beste Mensch von der Welt sein, aber er hat in diesem Falle das Spiel der Reaktion gefördert; der Mißbilligungsantrag der Unabhängigen Fraktion galt darum nicht der Person, sondern der Sache. Anders dagegen bei den Männern der Deutschen Volkspartei. In dem Artikel der „Zeit“ wird runderhand erklärt, daß man Dr. Wirth zum Falle bringen wolle, weil seine persönlichen Eigenschaften nicht geeignet seien, ihm das Vertrauen der Rechtsparteien zu sichern. Herr Dr. Wirth habe den Fall Rathenau benützt, um die Deutsche Volkspartei zu kräftigen, er habe bei den Koalitionsverhandlungen die Stinnesleute hingehalten, und auch sein Verhalten beim Beamtenstreik habe eine Fülle ähnlicher Züge gezeigt. Und nun kommen die Bedingungen der Deutschen Volkspartei:

Wer soviel Unzuverlässigkeit seiner Angaben gezeigt hat wie Herr Dr. Wirth, eignet sich nicht zum Führer einer politischen Arbeitsgemeinschaft, selbst wenn er den Willen hätte, sie herbeizuführen. Nachdem auch das Kabinett Dr. Wirth die Erfüllung nur innerhalb der Grenzen unserer Leistungsfähigkeit in sein Programm aufgenommen hat, ist eine Forderung erfüllt, die die Deutsche Volkspartei von jeher vertreten hat. Ein grundsätzliches Zusammenarbeiten wäre also auf der jetzigen Regierungsbasis wohl denkbar. Aber es muß ein Mann zur Führung bestellt werden, der das Vertrauen aller in Betracht kommenden Parteien hat und der weiß, ob er rechts oder links gehen will. Die sogenannte große Koalition könnte auch im Reich geschaffen werden, und sie würde dann eine feste und sichere Regierungsbasis bilden, aber Herr Wirth und die ihm wesensverwandte Sozialdemokratie haben sie abgelehnt. Dadurch wie auch durch sein Verhalten im Beamtenstreik hat der Kanzler eine solche Unsicherheit geschaffen, daß ihm sogar das Vertrauen der Regierungsparteien erst auf Verlangen bescheinigt worden ist. Das Mißtrauen aller übrigen hat er gründlich verdient.

Das Ziel der Deutschen Volkspartei ist also deutlich genug gekennzeichnet. Man will also eine Koalitionsregierung nach preußischem Muster, in der die Rechtssozialisten nur geringen Einfluß haben, die wichtigsten Posten aber von der Deutschen Volkspartei zu besetzen wären. An die Stelle von Dr. Wirth soll Stegerwald oder eine gleichgeartete Persönlichkeit aus dem Zentrum treten. Machen die Rechtssozialisten dabei nicht mit, so soll die rein bürgerliche Regierung verwirklicht werden. Die Führer der Deutschnationalen Partei streben schon der Deutschen Volkspartei die Bruderhand entgegen. In einer Versammlung der deutschnationalen Organisation des Wahlkreises Potsdam II hat erst Graf Westarp die Parole herausgegeben: „Eine andere Regierung! Eine andere Koalition! Einen anderen Kurs!“ Und Herzog fügte in seiner Rede hinzu: für den Fall, daß man der Rechten die Sache vor die Füße werfen wolle, sei man bereit, sie aufzuheben. Das nähere Ziel sei die bürgerliche Einheitsfront, die große Rechte.

In der demokratischen Partei scheint man sich noch nicht klar darüber zu sein, auf welche Seite man diesmal fallen soll. In der gestrigen Fraktionsführung wurde beschlossen, dem vorliegenden Vertrauensantrag zuzustimmen unter Hinzufügung einer Erklärung, in der die Gründe für die Zustimmung der Demokraten aufgeführt seien. Also ein Vertrauensvotum mit Vorbehalten, oder wie der frühere Reichskanzler Michaelis einmal gesagt hat: „Wie ich es auffasse.“ Die „Vossische Zeitung“ sieht schon voraus, daß die Mehrheit für Wirth ziemlich gering sein wird und sie behauptet, daß man nach einer neuen

Formulierung des Vertrauensantrages suche, um der Deutschen Volkspartei und den Unabhängigen, die sich doch mit der Außenpolitik Wirths einverstanden erklärt hätten, Stimmhaltung zu ermöglichen. Das Blatt berichtet weiter:

Dagegen glaubt man, daß nach der Abstimmung am Mittwoch, und nachdem das Kabinett eine, wenn auch nur geringe Mehrheit erhalten hat, von den Regierungsparteien eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht wird, an deren Schluß dann ein zweiter Vertrauensantrag eingebracht werden soll, in dem der Reichsregierung die Billigung des Reichstags für ihre auswärtige Politik ausgesprochen wird. Ein solcher Antrag könnte auf die Zustimmung des ganzen Hauses mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten rechnen. Die Mehrheit, die sich für ihn ergäbe, würde dann dem Kabinett jene Autorität gegenüber dem Ausland geben, deren es besonders für die Konferenz von Genua bedarf.

Nach der bestimmten Erklärung, die Dr. Wirth gestern den von ihm empfangenen Parteiführern gegeben hat, scheint es nicht, als ob er auf diese schwankende Brücke treten werde, zudem selbst in der eigenen Partei Kräfte am Werke sind, die seine Befestigung nicht ungern sehen würden. So schreibt „Der Deutsche“, das Blatt, das als das Organ Stegerwalds gilt:

Auf jeden Fall werden wir mit dem Mittwoch in eine innerpolitische Phase eintreten, in der die so lange ersehnte Klärung angebahnt und vorgenommen wird, auch wenn am Mittwoch Dr. Wirth eine knappe Mehrheit erhält und die eigentliche Krise dadurch einstweilen beseitigt erscheint. Nicht beseitigt werden jedoch dadurch die latenten Gegensätze, die viel bedeutsamer sind als der formelle Widerspruch der Volkspartei gegen die Haltung des Kanzlers während des letzten Streiks. Dabei darf aber vielleicht schon heute ausgesprochen werden, daß ein Spielen und Wenden mit den Möglichkeiten einer ausgesprochenen Rechtsregierung oder einer reinen Arbeiterregierung für eine auch nur einigermaßen fruchtbare Fortführung der Staatsgeschäfte, geschweige denn für die so dringend notwendige innerpolitische Konsolidierung und Befestigung unerträglich wäre. Es muß vielmehr mit aller Zähigkeit und allem diplomatischen Geschick darauf hingewirkt werden, daß ähnlich wie in Preußen eine Koalition zustande kommt, die wenigstens für einige Zeit die unerlässliche Kontinuität verbürgt.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß die Lösung der Regierungskrise heute noch genau so ungewiß ist wie am Sonnabend. Sicher ist nur das eine, daß in den bürgerlichen Parteien der Wunsch nach der Herstellung einer Einheitsfront immer stärker wird, und daß man sich ernsthaft mit dem Gedanken trägt, nach dem Vorbilde, das Stegerwald in Preußen gegeben hat, auch im Reich eine bürgerliche Koalitionsregierung zu errichten, sei es mit offener oder ein wenig verhüllter Unterstützung der Deutschnationalen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ zur Regierungskrise

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt zu den Vorgängen, die zur Krise des Kabinetts Wirth geführt haben, folgendes:

Zu den Mitteilungen unseres Berliner parlamentarischen Mitarbeiters fügt wir uns genötigt, hinzuzufügen, daß wir es für die unbedingte Pflicht der Partei halten, die Spekulation der Rechten auf den Sturz der Regierung Wirth zu durchkreuzen. Freilich kann die Partei wegen der Haltung der Regierung beim Eisenbahnerstreik dem Kabinett nicht ein Vertrauensvotum ausstellen, aber sie wird der Tatsache, daß sie die äußere Politik des Kabinetts unterstützt, nötigenfalls durch Stimmhaltung Ausdruck geben müssen. Der Umstand, daß eine Regierung von rechts oder der großen Koalition, die allenfalls nach einem Sturz des Kabinetts Wirth ans Ruder kommen könnten, die Eisenbahnbeamten und -arbeiter viel schwereren Verfolgungen ausliefern würden, als sie unter der Regierung Wirth möglich sein werden, dürfte unserer Partei diese Stellung erleichtern. Wenn die Kommunisten jetzt Mißtrauensvoten gegen die Regierung beantragen, so handeln sie sicher nicht im Interesse der Eisenbahner.

Die Kredite für Oesterreich

Wien, 14. Februar.

Die englische Regierung wird den ehemaligen Finanzsekretär der englischen Gesandtschaft in Wien, Young, als ihren Vertrauensmann nach Wien entsenden mit der Aufgabe, die Verwendung des englischen Kredits genau zu überwachen.

Der in Wien eingetroffene und mit der Fortführung der englisch-österreichischen Kreditverhandlungen betraute Unterhändler Sir Good erklärte dem Wiener Vertreter der Trager Presse gegenüber, daß die Gewährung sowohl eines englischen Kredits für Oesterreich in Höhe von 2 Millionen als auch eines französischen in Höhe von 55 Millionen Franken als gesichert gelten könne. Die Kredite beider Länder zusammen seien als Vorläufer auf die zu erwartenden Völkerbundskredite gedacht.

Die jugendpolitische Konzeptionsstelle über deren Raum kostet 2.- M., einschließlich Literatursteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2.50 M., jedes weitere Blatt 1.75 M., einschließlich Literatursteuer. Einzelnde Anzeigen zum Tarif. Remittenz-Anzeigen und Stellen-Verträge 1.50 M., jedes pro Zeile. Stellen-Verträge in Wochen-Anzeigen: das fertige Blatt kostet 2.- M., jedes weitere Blatt 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Preussische Grundsteuer

B. A. Dem preussischen Landtag liegt der Regierungsentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen vor. Der Gesetzentwurf sieht die Erhebung einer Steuer von allen Grundstücken einschließlich aller Bestandteile vor, zu denen bei den land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken auch die Betriebsmittel im Sinne des § 152 Abs. 4 der Reichsabgabenordnung gerechnet werden sollen. Die Steuer wird vom Werte der besteuerten Objekte, und zwar mit 4 vom Tausend, berechnet.

Es ist ohne weiteres klar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Frage nach der Art der Wertberechnung in den Vordergrund gerückt werden muß. Gerade in einer Periode schwankenden Geldwertes ist naturgemäß die Wertfestsetzung ganz ungewöhnlich schwierig und als einheitliches Problem kaum lösbar. Es ist daher verständlich, daß die preussische Regierung von einer vollständigen Neuveranlagung im gegenwärtigen Zeitpunkt absehen und die Wertbemessung auf den vorhandenen Unterlagen aufbauen will. Sie will dabei von der Veranlagung zur preussischen Ergänzungssteuer nach dem Gesetz vom 14. Juli 1893, 19. Juni 1906 und 26. Mai 1909 ausgehen und die für die Veranlagungsabschnitte 1917/1919 festgesetzten Werte mit der Maßgabe zugrunde legen, daß für land-, forstwirtschaftliche oder gärtnerische Zwecke genutzte Grundvermögen das Dreifache, für anderes Grundvermögen das 1½fache des damaligen Wertes angenommen wird.

Es ist bekannt, daß die Wertermittlung für Steuermittel bei dem Grundbesitz in Preußen stets unter dem Einfluß des Großagrariertums sehr schonend erfolgt ist und daß vor allem der festgesetzte Kampf gegen eine Festsetzung des gemeinen Wertes geführt worden ist. An die Stelle des Wertes wurde vielmehr auch im Ergänzungsteuergesetz diejenige Summe gesetzt, die dem Grundbesitz im Durchschnitt des Reinertrags entsprach, „den die Grundstücke als solche nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinüblicher Bewirtschaftung im Durchschnitt nachhaltig gewähren können“. Die ermittelten Werte sind dementsprechend auch im allgemeinen für landwirtschaftlichen Besitz so niedrig gewesen, daß sie schon zur Zeit ihrer Veranlagung nicht als wirkliche Werte bezeichnet werden konnten; jeder Blick in die Katasteraufzeichnungen beweist, wie niedrig die Schätzungen gewesen sind, und insbesondere ist dies stets in den Gegenden umfangreichen Grundbesitzes auffallend genug in Erscheinung getreten. Wenn man daher im Jahre 1922 bei einer Versteuerung der landwirtschaftlichen Produkte auf das 30-, 40- und 50fache der Vorkriegspreise nur den dreifachen Wert der letzten Ergänzungssteuerveranlagung zugrunde legen will, so bedeutet dies in Wirklichkeit eine Einschätzung zu einem niedrigen Bruchteil des tatsächlichen Wertes. Die Grundstücksverkäufe der letzten Zeit sind — soweit es sich nicht um reine Liebhaberpreise handelt — in sehr zahlreichen Fällen zu Preisen erfolgt, die etwa das 4- bis 5fache der Schätzungen zur Ergänzungssteuer betragen, und es zeigt sich gerade in letzter Zeit, daß die Preise nicht nur steil in die Höhe gehen, sondern daß eine lebhaftere Scheu besteht, überhaupt noch Grundbesitz gegen Reichsmark abzugeben. Geht man aber von den zur Zeit gezahlten Pachtpreisen aus, so ergibt sich bei sehr vielen Verpachtungen eine Erhöhung der Vorkriegspachten auf das 20- bis 25fache, ein deutliches Zeichen des außergewöhnlich erhöhten Ertragswertes landwirtschaftlicher Grundstücke. Die Abkehr von der reinen Geldpacht und der Uebergang zur Festsetzung der Pacht auf der Basis von Produktionsmengen ist dabei eine bezeichnende, immer weitere Kreise ziehende Erscheinung. Geht die preussische Grundsteuer von dem dreifachen Betrag des zur Ergänzungssteuer festgesetzten Wertes aus, so bevorzugt sie wieder in einem unerhörten Maße die Besitzer von Grundvermögen, wie dies die gesamte preussische Steuergesetzgebung der Vergangenheit und leider auch die neue Reichsteuergesetzgebung bisher ununterbrochen getan haben. Um was für geringe Steuerbeträge es sich nach diesem Entwurf handeln würde, ersieht man daraus, daß die der Vorlage beigegebenen Tabellen für einen Morgen im Regierungsbezirk Königsberg 4.60 M., Allenstein 3.10 M., Köslin 3.30 M., Breslau 6.40 M., Düsseldorf 10.30 M., Hildesheim 9.40 M. als Staatssteuerleistung errechnen. Es ist dabei sehr bezeichnend, daß gerade die ostelbischen Bezirke weit unter den Sätzen von Mitteldeutschland und Westdeutschland bleiben, was in erster Linie auf die zu günstige Veranlagung in diesen von den Junkern unumschränkt beherrschten Gebieten zurückzuführen ist. Die Steuerheben des preussischen Junkers ist bekanntlich eine seiner hervorragendsten Eigenschaften, und die preussische Geldmacht der letzten Jahrhunderte gibt sehr unstrukturelle Aufschlüsse über sie.

Neben der Staatssteuer soll die Berechtigung der Gemeinden zur Erhebung von Zuschlägen zu der allen (außer Hebung geleiteten) preussischen Grundsteuer oder zu dieser neuen Steuer bestehen bleiben, da einerseits die Gemeinden auf ihre Einnahmen aus dieser Steuer angesichts ihrer Finanznot nicht verzichten können, andererseits auch die doppelte Belastung als erträglich angesehen werden muß. Es soll jedoch, wenn die Gemeindegrundsteuer in Form von

Zuschlägen zu der neuen Staatssteuer erhoben wird, stets die bei einer besonderen Gemeindesteuer vorgeschriebene Umrechnung des Gesamtaufkommens in ein prozentuales Verhältnis zur prozent. Grundsteuer von 1860, die vollständig unzeitgemäß ist, erfolgen müssen. Diese Bestimmung schlägt die Grundbesitzer in einem durchaus unberechtigt Weise, denn die Höhe der zu erhebenden Prozentschläge unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die an hohen Prozentzahlen gewöhnlich Anstoß nimmt, obwohl sie in Wirklichkeit bei der niedrigen Grundzahl, von der ausgegangen wird, durchaus geringfügig bleiben. Es würde sich daher empfehlen, den § 18 dahingehend zu ändern, daß, soweit nach den bestehenden Vorschriften öffentlich-rechtliche Verbände Steuern in Prozenten der staatlich veranlagten Grundsteuer erheben dürfen, die sich auf Grund dieses Gesetzes ergebenden Steuerhöhen als Grundzahlen statt der bisherigen staatlichen Veranlagung auf Grund der Gesetze vom 21. Mai 1861, 12. Dezember 1864 und 8. Februar 1867 gelten sollen.

Ein deutschnationaler Streikvogel

Die Feinde der bürgerlichen Presse gegen den Eisenbahnerstreik wird fortgesetzt. Am wildesten gebärden sich dabei die Deutschnationalen, denen die Regierung noch viel zu schlapp war, und die vor allem dafür eintreten, daß die Eisenbahner, die es gewagt haben, wider den Staat zu lären, massenweise gemahregelt werden.

Genosse Dittmann hat nun bereits im Reichstag festgestellt, daß die Mehrheit, die sich innerhalb der Reichsgemeinschaft deutscher Eisenbahnbeamter für den Streik aussprach, aus Volksparteilern und Deutschnationalen bestand. Diese Tatsache ist bisher unwidersprochen geblieben. Jetzt weiß der „Vorwärts“ über den Eisenbahnerstreik noch folgende Ergänzung zu liefern: Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Julius Vogel, Berlin, der von Beruf Telegraphensekretär ist, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksvereins Berlin des Verbandes deutscher Reichspost- und Telegraphenbeamten den Anruf zur Sammlung von Streikgelehrten für die ausländischen Eisenbahnbeamten unterschrieben. Die Reichspostgewerkschaft, der Herr Vogel angehört, hat außerdem ihre Solidarität mit den streikenden Eisenbahnern dadurch bekundet, daß sie beschloß, täglich eine Summe von 50 000 M. zur Unterstützung der Streikenden aufzubringen.

Die Rolle der Deutschnationalen im Streik der Eisenbahner erhöht durch diese Mitteilung eine neue Beleuchtung. Wenn die Deutschnationalen den Streik der Eisenbahner wirklich als ein Verbrechen betrachten, dann müßte es ihre Pflicht sein, Herrn Vogel sofort aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion auszuschließen. Denn er kann ohne weiteres als ein Führer der Streikbewegung angesprochen werden. Geht die deutschnationale Reichstagsfraktion gegen ihren Streikvogel nicht mit den gleichen Maßnahmen vor, die sie gegen die Streikenden fordert, dann bleibt es unwiderstehlich die Tatsache bestehen, daß die Deutschnationalen von Partei wegen den Streik gefördert haben, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und gegen die Arbeiter eine große Verfolgungscampagne einzuleiten.

Volksparteiliche Geheimbündler

In Düsseldorf wurden vor Weihnachten 30 bis 40 junge Leute von der französischen Besatzung verhaftet, weil sie sich einem Geheimbund angeschlossen hatten, dessen Ziel es war, militärische Formationen aufzustellen und einen neuen Krieg zu propagieren. Die Direktoren für diese Gründung gingen von dem bekannten Münchener Geheimbund aus, der ähnliche Formationen für ganz Deutschland aufstellt und dessen verbrecherische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Ermordung Erzbergers aufgedeckt wurde.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag ist um das Schicksal der verhafteten Düsseldorfer Geheimbündler sehr besorgt. Sie hat eine kleine Anfrage eingebracht, in der von der Regierung Auskunft verlangt wird, welche Schritte bisher getan worden seien, um die Verhafteten auf freien Fuß zu setzen. Der preussische Minister des Innern hat darauf erwidert, daß diesbezügliche Schritte bereits unternommen worden seien, auch vom

Auswärtigen Amt, sie hätten bisher aber noch zu keinem Erfolg geführt.

Es handelt sich bei den in Düsseldorf Verhafteten keineswegs um harmlose Personen. Denn es steht fest, daß sie geheime militärische Lebewesen abhielten und auch im Besitz von Waffen und Munition waren. Wenn sich die Deutsche Volkspartei jetzt für das Schicksal dieser Personen einsetzt, dann beweist das nur, daß sie mit den Bestrebungen der Geheimbündler offen sympathisiert. Die preussische Regierung würde übrigens, ebenso wie die Reichsregierung, gut tun, wenn sie sich energischer als bisher bemühte, die Führer der Geheimorganisationen und ihre Geldgeber dingfest zu machen. Dann würden auch die jungen Leute im besetzten Gebiet nicht mehr in die Versuchung kommen, Mitglieder dieser nationalistischen Verbrecherorganisationen zu werden.

Erzbergers Mörder in Budapest

Der „Bosnischen Zeitung“ wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die beiden Mörder Erzbergers, Schulz und Tillesen, in Budapest eingetroffen sind, wo sie sich insbesondere des Schutzes der „erwachenden Ungarn“ erfreuen sollen. Die Identität beider Persönlichkeiten scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest ist ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis.

Nachdem die Mörder Erzbergers in dem deutschen Dorado der Mörder, in Bayern, eine Zeitlang geschützt und versteckt worden sind, hielten sie sich in Prag auf. Nun kommt die Nachricht, die niemanden, der das innige Verhältnis zwischen Kahr-Bayern und Horthy-Ungarn kennt, überraschen kann, daß diese Mörder glücklich im Paradies aller reaktionären Verbrecher gelandet sind.

Für die deutsche Regierung entstehen nun zwei Auslieferungsvorfälle. Einmal muß sie durch ihre Vertretung sofort ein Auslieferungsvorgehen einleiten. Zum anderen aber muß festgestellt werden, mit wessen Hilfe und durch wessen Schuld die Mörder, die nachweislich über die bayerische Grenze das Deutsche Reich verlassen haben, ihre Flucht bewerkstelligen konnten.

Die Sachverständigenkonferenz

Neue Verschleppungsversuche der französischen Regierung

Paris, 14. Februar.

Die französische Regierung hat gestern dem englischen Auswärtigen Amt mitteilen lassen, daß sie den Vorschlag annehme, die in Cannes vorgesehene Sachverständigenkonferenz für die Genuefer Konferenz baldigt zusammentreten zu lassen. Die Aufgabe der Sachverständigen besteht in der Vorbereitung des technischen Programms. Die französische Regierung bemerkt jedoch, daß die Zusammenkunft erst stattfinden soll, wenn eine erste Aufklärungsarbeit zwischen den beiden Regierungen erfolgt sei. Sie schlägt ferner vor, die technischen Sachverständigenvertreter der Tschechoslowakei, Rumäniens, Polens und Südbanwens an den Beratungen teilnehmen zu lassen, sobald regt sie an, die erste Zusammenkunft in Paris stattfinden zu lassen, endlich soll nach dem „Petit Parisien“ die französische Mitteilung die Hoffnung ausdrücken, die britische Regierung möge ihre Antwort auf die französische Denkschrift über die Genuefer Konferenz vor dem Zutritt der Sachverständigen zur Kenntnis bringen.

Die Verschiebung der Konferenz

Paris, 14. Februar.

Die „Ouvriere“ mitteilt, hat Polnars das englische Auswärtige Amt wissen lassen, daß sein Verlangen, die Konferenz um drei Monate zu verschieben, ein Maximum dessen darstelle, was er als Vorbereitungszeit verlangt habe. Daraus dürfte man schließen, daß ein Kompromiß zustande kommen, und daß die Eröffnung der Konferenz von Genua auf Mitte April verschoben werden würde.

Die „Times“ berichtet, daß die britische Regierung auch die belgische Regierung ersucht hat, Sachverständige nach London zur Vorbereitung der Konferenz zu entsenden. Amtlich wurde noch immer der 8. März als Zeitpunkt für die Eröffnung der Konferenz angegeben. Nichtamtlich jedoch werde allgemein erwartet, daß die Konferenz erst einige Zeit nach diesem Datum zusammentreten werde. Auch der diplomatische Berichterstatter des Organs

Lond Georges, des „Daily Chronicle“, schreibt, die britischen Vorbereitungen für Genua würden eifrig fortgesetzt, in der Annahme, daß die Konferenz am 8. März beginnt. Die britische Aktionslinie für Genua sei aufs eingehendste vorbereitet worden.

Amerika und die Konferenz von Genua

Paris, 14. Februar.

„Chicago Tribune“ schreibt: Die in gewissen europäischen Hauptstädten gehegte Hoffnung, daß Präsident Harding es ablehnen werde, die Konferenz von Genua zu beschiden, weil die Bolschewisten hierzu eingeladen seien, sei unbegründet. Amerika begrüßt die Konferenz, aber seine Hoffnungen auf irgendeinen Fortschritt in der Richtung auf eine Rückkehr zu normalen Zuständen hin, verminderten sich jeden Tag, im Hinblick auf die Hindernisse, die man diesem Fortschritt entgegenstellt bereite.

Die Kosten der Mobilisierung

Paris, 14. Februar.

Der Finanzausschuss der Kammer, der zur Zeit das Nachtragsbudget für das Jahr 1921 in Höhe von 1 1/4 Milliarden Franken berät, hatte sich auch mit den Kosten der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 zu befassen. Diese Mobilisierung erfolgte, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 18. Mai 1921 annähme. Die Kosten für diese Mobilisierung betragen 190 Millionen Franken. Die französische Regierung hatte die Absicht, diese Ausgaben in das Budget aufzunehmen, dessen Rückstufung Deutschland zufalle. Einige Alliierte haben aber dagegen Widerspruch erhoben und erklärt, Frankreich müsse die Kosten einer Maßregel, die es allein beschließen habe, auch allein bezahlen. Infolgedessen hat die französische Regierung die Ausgabe auf das gewöhnliche Budget übernommen. Der Finanzausschuss hat aber noch nicht zugestimmt und er scheint nach dem „Matin“ auch nicht entschlossen zu sein, dieser Maßnahme zuzustimmen. Das Blatt nennt übrigens die geistige Vererbung über diesen Subjekt als einen Zwischenfall mehr diplomatischer als finanzieller Art.

Ein Kampf beendet

Der tschechische Bergarbeiterstreik beigelegt

Jatel, Prag, 14. Februar.

Eine Konferenz der Betriebsräte des Schleich-Oftrauer Kohlenreviers hat sich mit 164 gegen 120 Stimmen für die Annahme des Abkommens, durch das der Bergarbeiterstreik beendet wurde, ausgesprochen. Auf der Betriebsräte-Konferenz des Jallauer Reviers wurde von den Vertretern der Bergarbeiterorganisation das Verhandlungsergebnis dominiert, ohne daß eine Abstimmung vorgelegt wurde. Ein kommunistischer Antrag, der Gewerkschaftsleitung das Mißtrauen auszudrücken, wurde mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Kindermord in Irland

London, 14. Februar.

In Belfast kam es gestern nachmittags zu neuen Schießereien. In eine Schaar Kinder wurden drei Bomben geworfen. Zwei Kinder wurden getötet, 15 andere mußten ins Krankenhaus gebracht werden, drei liegen im Sterben. In Dublin wurden zwei Banken von bewaffneten Männern überfallen, die auf der einen 5000 und auf der anderen 6000 Pfund Sterling raubten. Bei einem Überfall auf zwei Banken in Sligo wurden 8000 und 6000 Pfund Sterling geraubt.

Kommunistische Heißhörigkeit. Die „Kölnische Zeitung“ weiß in ihrem heutigen Leitartikel zu berichten, daß die U.S.P. „beobachtliche“, ihren Abgeordneten morgen die Abstimmung freizugeben. Es hat bis zur Stunde noch keine Fraktionsbildung stattgefunden, folglich ist die Behauptung der „Kölnischen Zeitung“ aus der Luft gegriffen. Die Reichstagsfraktion der U.S.P. wird erst heute abend nach dem Plenum zur Stellungnahme zusammentreten.

Textilarbeiterstreik in Nordamerika. 40 000 Baumwollspinnereiarbeiter in New England haben den Streik proklamiert, um gegen die Herabsetzung der Löhne um 20 Prozent und gegen den Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 54 Stunden wöchentlich zu protestieren.

Der Film am Dienstag

Der Hohenzollernfilm

Im Hof-Palast kann man sehen, daß das deutsche Volk Gott lob dank noch begüterungsfähig ist!

Neuerung eines Genetals

In grauer Urzeit, da der Hund noch nicht der zahme Haustier war, sondern ein in der Wildnis lebendes Raubtier war, pflegte er seinen Unrat mit den Hinterbeinen zu verscharrten, damit keine hinterlassene Spur den anderen Raubtieren keine Räube verriet. Dieser Brauch ging dann im Lauf der Jahrtausende, nachdem er längst jeden Sinn verloren hatte, den Nachkommen so in Fleisch und Blut über, daß noch heute jedes Schöpfungsgeschichte nach verrichteter Notdurft ein paar mal mit den Hinterfüßen über sein niedergelegtes Häuflein hinkarrt.

Auch im Menschen werden bei manchen Umständen entsprechende Reflexbewegungen ausgelöst. Da ist zum Beispiel ein Volkstänzer, der im Wandel der Zeiten unter der Peitsche gezüchteter Raubtiere so weit verflaut ist, daß er nun im plötzlichen Aufstehen der Peitschenschläge einen ungerechten Eingriff in seine historisch vererbten Lebensgewohnheiten erblickt. Wie reagiert ein solches Volk von Sklavensöhnen auf eine Filmvorführung, die einen Abchnitt aus jener von Königen gemodelten und mit den Knochen der Untertanen gepflasterten Geschichte aufrollt? Scharrt ein solches Volk mit den Beinen drüber hin, als gelte es, einen verschimmelten Misthaufen zuzudecken, auf daß er nicht länger in eine einsehendere Gegenwart und Zukunft hineinleuchte? Nein, im Gegenteil! Den in vielhundertjährigem Drill herausgebildeten Eigenschaften gemäß, bricht ein solches Volk beim Anblick des Paradeschritts der Poissdamer Reichgardisten in ein begeistertes Hurrah aus, wobei in ganz besondere Weise jener Kreis des Volkes gerät, dessen Lebensinhalt bisher ausschließlich aus Paradeschritten zusammengesetzt war, dessen Daseinsberechtigung folglich erlöschen müßte, sobald es keinen Paradeschritt mehr gäbe, aus dem sich Haltgeld schöpfen ließe.

Das Bürgertum aber und sonstige Mittläufer, die viel zu dankbar und unselbständig sind, als daß sie die Tendenz des Films „Fredericus Rex“ durchschauen, stimmen mit ein in den von einer wohlorganisierten Clique hervorgebrachten und dirigierten Jubel, und der Hof-Palast wird zum Schauplatz monarchistischer Orgel! Und weil die Republik nur Scherben vorfindet, der Topf aber unter der Monarchie ganz gewaschen ist, deshalb eben sieht man die Monarchie wieder herbei, wetzt jedoch dabei, daß ja gerade sie den Topf in Stücke geschlagen und der Republik nur die undankbare Aufgabe des Zusammenlebens hinterlassen hat! Statt also den Wert der Monarchie an ihren Früchten zu erkennen, beurteilt man ihn nach einem erst reißenden Saftfeld, das doch eben von der Monarchie der vorhergehenden Ernte ausgeliefert worden sollte! Hab während die Republik damit beschäftigt ist, des Arm

teilsdienstfähiger Männer für neue Pflanzungen, hat ihr Bein für einen Paradeschritt zu nutzen, der sie zerstampfen soll, fällt man ihr und diesen Männern in den aufbauenden Arm! Wo es doch würdiger wäre, dem König Wilhelm mit Pflanzweien in seinen königlichen Arm zu fallen, um dem er höchstwohl ein Mädchen aus dem Volk auspeitscht, weil Kronprinz Friedrich sich unterstanden hatte, an der Schönheit dieses einfachen Volkstüchtes Gefallen zu finden. Das Volk ist nämlich nicht dazu da, sich in der Liebe seiner Könige zu sonnen, sondern höchstens dazu, sich unter deren Peitsche zu krümmen, damit ihm jedes bißchen keiner Geschallen erregenden Schönheit weggepeitscht werde. Beim Abrollen dieser Szene des Films jubelt das Publikum zwar nicht, es entzückt sich aber auch nicht, woraus hervorgeht, daß es die Demütigung nicht als solche empfindet, daß es — im Gegenteil — vielleicht gar eine Ehre darin sieht, von einem Allerhöchsten Arm verpeitscht zu werden! Und um an recht vielen Ehrenungen dieser Art teilzuhaben, muß man da nicht die Monarchie herbeischleppen, um so mehr, als es ihr doch ein leichtes ist, die Narben an geschundenen Rücken und die Wunden an der geschlossenen Brust mit Ehrenkreuzen zu verdecken?

Immerhin gibt diese Szene so manch einem, dessen Rückgrat nicht ganz gebrochen aus der Sklaverei hervorgeht, ein wenig zu denken. Da aber das Denken bekanntlich un bequem ist, legt sich das „Berliner Tageblatt“ ins Mittel und wünscht, man hätte die Auspeitschungsszene fortgelassen, denn sie sei „weniger geschmackvoll“. Offenbar befürchtet das „B. T.“, es könnte dies einzige Bildchen den Appetit des Volkes auf Königtum beeinträchtigen. Wie wäre um diesen Appetit erst bestellt, wenn der Film aus lauter solchen Szenen gefügt wäre, und das wäre er hätten die Hersteller beachtet, die Geschichte des Königs Wilhelm und des jungen Friedrich so vorzuführen, wie sie tatsächlich ausfällt! Aber damit bräme man den Volksmassen den menschenunwürdigen Zustand, der das Reich der Monarchie ist, so klar zu Bewußtsein, daß die Folgen einer solchen Erkenntnis dem „B. T.“ noch viel geschmackvoller erscheinen müßten. Daher ziehen es die Hersteller des Films vor, geschichtliche Treue nur auf Kostüme und Paläste anzuwenden, mit der Fälschung der Geschichte aber überall da zu operieren, wo dem monarchistischen Gedanken die Wahrheit nicht förderlich wäre.

Daß der größte Teil des Volkes noch nicht imstande ist, aus aufgeschämtem Hintersinn des Königtums den Pesthauch herauszuschnüffeln, ist traurig, aber wahr! Der sterbende König Wilhelm sagte zu Friedrich: „Denk daran, daß ich Dir eine Armee geschaffen habe!“ Und Friedrich steht in dieser unheimlichen Ankräftigung zum Massenmord eine berechtigte Forderung, denn man würde all die kurzen und langen Kerls, in denen der militaristische Drill jede Fähigkeit zu anderweitiger Betätigung erstickt hatte, sonst noch zu gebrauchen?

Damit wird das Publikum entlassen. Es schadet in der Ueberzeugung, daß Friedrich die von seinem Vater entworfene Pläne ausführen werde, denn der Apfel fällt nicht weit vom Stiel. Und ohne erst die für den Herbst versprochene Fortsetzung — „Friedrich der Große“ — abzuwarten, wissen wir, daß Friedrich seine —

allerdings ungewöhnlichen — Gestegeben auch wirklich dazu verwendet hat, die Arme auf den Schlachtfeldern, wofür sie ihm ja geschaffen worden war, verbluten zu lassen. Doch dieser große Aufwand wäre schmachlos verfallen, hätte nicht plötzlich der Kaiserthron jener Tölpel von einem Jaren bestiegen, der dem Fritz gewogen war und ihn vor einem Zusammenbruch bewahrte, der sonst genau so unfehlbar erfolgt wäre, wie er 1818 erfolgen mußte, weil kein Hohenzollernsreund plötzlich den amerikanischen Kaiserstuhl erklimmen konnte. So eroberte Friedrich Schloßen. Undershalb Jahrhunderte später dachte Wilhelm II. daran, daß er sich ja auch eine Armee geschaffen hatte, und benutzte sie um Schloßen wieder zu verlieren. Folglich war beides überflüssig!

Der Film „Fredericus Rex“, sowie die durch ihn entfalteten monarchistischen Kaffereien werden hoffentlich dazu beitragen, jene Zenit zum Trufel zu jagen, die in der deutschen Republik nur Filme mit sozialistischer oder revolutionärer Tendenz vertrieben! Die sozialistischen Parteien aber werden nicht leicht endlich — bevor es zu spät wird — einsehen, daß die Filmfrage doch wohl viel zu wichtig ist, als daß man sie mit einem verächtlichen Wächeln abtun kann. Dario Koffler.

Dieser gemeingefährliche Film bedürft selbstverständlich in kein Arbeiterortel. Wir werden daher gern die Theater hier anführen, die sich diesem nationalistischen Machwerk verschließen!

Unter Volkheiaussicht. Die Filmzensur ist dazu da, die sozialistischen Filme zu verbieten, nationalistische aber auf ein unter den Nachwehen des Gottesgnadentums noch stöhndes Volk loszulassen. Das Polizeipräsidium ist dazu da, einen Film („Das Rädel mit der Raste“) zu verbieten, weil es in einer seiner Gestalten in einem Situationskommissar, das Abbild des Professors Brunner vermetet! Das ist soeben geschehen. So beweist das Polizeipräsidium zwar, daß es seinen Brunner kennt, wenn es ihn mit einer lächerlichen Filmfigur identifiziert. Es beweist aber auch, daß es, statt lieber im eigenen Wirkungsbereich nach dem Rechten zu sehen, die Nase in Angelegenheiten hineinsteckt, mit denen es nichts zu schaffen hat.

„Schattensymphonie“ von Alexander Dominic im neuen Theater am Zoo.

Ein sinder rumänischer Maestro schafft ein „großes“ Werk, Schattensymphonie benannt. Seine Leidenschaft entzündet sich an der seiner schönen Frau angeräumten Lieblichkeit und Güte. Aber diese Frau wirft sich lieber an einen reichen Schieber hin, statt ihren göttlichen Krüppel körperlich und geistig zu pflegen, und so bricht das Weal des Hauses zusammen und der Meister wandert am Schluß Schernhaft in das Irgerhaus, von seinen beiden Nängern gelangweilt und trübselig bedauert und betrauert. „Warum schafft eigentlich der Künstler?“ fragt der solche Bößwäner und Götterstrolcher den Volksmassen und Diktator des Meisters, und dieser antwortet bedeutungslos: „warum fragt der

Brotpreiserhöhung und Tarifierhöhungen

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: In der letzten Sitzung der Ernährungsdeputation des Magistrats wurde beschlossen, den Preis für ein Großbrot (2050 Gramm) auf 13,80 M. zu erhöhen, mit Gültigkeit für Groß-Berlin vom Montag, den 20. Februar, ab. Die Schrippe auf Brotmarken kostet vom gleichen Zeitpunkt 45 Pf. Die Mehlpriiserhöhung, auf die diese Steigerung des Brotpreises zurückzuführen ist, trat bereits am 18. Februar ein; den Ausgleich zwischen der erst später folgenden Brotpriiserhöhung und der Mehlpriiserhöhung soll das Reich tragen.

Die „Sognungen“ des freien Handels werden von Monat zu Monat drückender fühlbar. Auf neue wird durch die Erhöhung des Brotpreises, die den Bäckermeistern noch nicht einmal weit genug ging, die minderbemittelte Bevölkerung empfindlich, ja unerträglich belastet. Die Erhöhung ist hervorgerufen durch die Einschränkung der Reichszuschüsse zur Brotversorgung, die das Reich wegen seiner finanziellen Lage nicht mehr leisten kann. Wieder einmal muß die minderbemittelte Bevölkerung die Lasten der verfahrenen Ernährungs- und Finanzpolitik tragen.

Das geht nicht bis ins Endlose so weiter. Infolge der Geldentwertung sinkt die Kaufkraft des Arbeitslohnes immer mehr; von der realen Höhe der Unterstufen der Erwerbslosen und Sozialrentner gar nicht zu reden. Nun kann ja die Gemeinde selbst das Brot nicht verbilligen; sie bekommt das Mehl vom Reich sehr teurer als vorher, sie muß also auch das Brot entsprechend verteuern. An eine finanzielle Hilfe der Gemeinde, etwa wie bei der Milchverbilligung, ist nicht zu denken; bei dem Brotverbrauch in Berlin würde das Summen erfordern, die gar nicht aufzubringen sind. Es bleibt nur übrig, daß die Gemeinden — nicht nur Berlin — beim Reich gegen diese ungeheure Belastung vorgehen und andere Wege in der von Dertmes verfahrenen Ernährungs- und Finanzpolitik fordern.

Der Ständige Staatsauschuss der Stadtverordnetenversammlung hat am Montag die Tarife für Gas auf 3,30 M., Elektrizität auf 6 M. und Wasser auf 1,90 M. erhöht. Vorläufig bis 30. Juni, so beschlossen die Bürgerlichen, denn diese Erhöhung wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Der „Vorwärts“, der neuerdings keine Gelegenheit vorbegehen läßt, die Kommunalpolitik unserer Partei demagogisch herabzumwürdigen, erklärt, daß Schuld an diesen Erhöhungen und an den Schwierigkeiten der Stadt auch die „Agitationspolitik“ der Unabhängigen und Kommunisten trage.

Der „Vorwärts“ hätte recht, wenn es die Rathausfraktion der U. S. P. grundsätzlich abgelehnt hätte, zu den Einnahmen der Stadt beizutragen, die Tarife zu erhöhen und an der finanziellen Gesundung Groß-Berlins mitzuarbeiten. Das ist aber nicht der Fall. Die U. S. P. ist keineswegs der Auffassung, daß jede Erhöhung der Tarife grundsätzlich abzulehnen sei; sie hat schon zu wiederholten Malen Tarifierhöhungen zugestimmt. Aber schließlich ist die Unabhängige Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei und hat die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung zu vertreten. So sicher nun gerade diese Interessenrentable städtische Betriebe und gesunde Gemeindefinanzen erfordern, so sicher ist es aber auch, daß die Belastung der minderbemittelten Bevölkerung eine Grenze hat. Was über diese Grenze hinausgeht, kann die U. S. P. nicht bewilligen. Dieser grundsätzliche Standpunkt der U. S. P. war zu erkennen bei der letzten Tarifierhöhung. Nach den Unterlagen, die die Magistratsvorlage bot, wiesen die Werke, mit Ausnahme der Straßenbahn, Ueberhänge auf, also müßte die Rathausfraktion der U. S. P. eine Erhöhung der Tarife für diese Werke ablehnen. Bei der Straßenbahn dagegen war eine Unterbilanz von rund 70 Millionen Mark zu verzeichnen; also stimmte die U. S. P. der Tarifierhöhung für die Straßenbahn zu. Wenn der „Vorwärts“ will, kann er diese Einstellung erkennen; die U. S. P. ist sich durchaus der Verantwortung einer sozialistischen Partei für die kommunalen Betriebe und der Aufgabe einer gesunden Gemeindefinanzipolitik bewußt, zum Unterschied von den Kommunisten. Aber die U. S. P. ist sich auch immer sehr klar bewußt, daß die Belastungsmöglichkeit der arbeitenden Bevölkerung ihre

sehr realen Grenzen hat, und deshalb wird sie sich auch in der Frage der bevorstehenden Tarifierhöhung von ihrer grundsätzlichen Auffassung verantwortungsvoller Gemeindepolitik unter Wahrung der Arbeiterinteressen und Berücksichtigung der wirtschaftlichen Not aller Minderbemittelten leiten lassen.

Große öffentliche Versammlungen

Heute, Dienstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Graumanns Festhalle, Naunpflstraße 27
- Brachsfälle des Otens, Frankfurter Allee 48
- Schulaula, Pallasstraße 15
- Schulaula, Hohenlohestraße
- Pharusfälle, Müllerstraße 142
- Böhmv-Brauerei, Prenzlauer Allee 247
- Stadt-Theater, Alt-Moabit 47-49
- Neukölln-Brig, Kliems Festhalle, Hasenheide
- Schöneberg, Fichte-Schule, Kolonnenstraße 22
- Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Loge, Kaiser-Friedrich-Straße 87

Am Mittwoch, den 15. Februar, abends 7 Uhr

Weißensee, Aula Realgymnasium, Wölkpromenade

Tagesordnung:

Die politische Lage

Steuertrompsch / Koalitionspolitik / Eisenbahnerstreik

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Parteigenossen und Genossen! Erscheint in Massen!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USPD.

Ein Hilferuf

Aus dem russischen Hungergebiet

Intel, Moskau, 13. Februar.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Tschuwaschen-Gebiets sandte an E. Jimmen, den Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, folgendes Telegramm: Das Exekutivkomitee des Tschuwaschen-Gebiets wünscht, der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale seinen aufrichtigsten Dank für die der hungernden Bevölkerung geleisteten Dienste auszusprechen. Wir sprechen im Namen Hunderttausender Tschuwaschen-Kinder und ihrer Eltern, die weder ihre Kinder ernähren noch sich selbst erhalten können und die ohne Hilfe dem Hungertode preisgegeben sind. Die Leiden der Hungernden sind unbeschreiblich. Seit August ernähren sich mehr als 90 Proz. der Bauern an allen möglichen Surrogaten. Brot wird aus Stroh bereitet, mit einer kleinen Zugabe von Kartoffeln. Aber die Kartoffelporträte und alle irgendwie brauchbaren Surrogate waren noch vor Eintritt des Winters verzehrt. Die Bevölkerung ist jetzt das von den Dächern genommene Stroh, Lehm, die Kadaver verrotter Tiere, jede Art Lebewesen, Gras und Wurzeln jeder Art. Die Sterblichkeit nimmt

erschütternde Dimensionen an. Vom Anfang der Hungerperiode bis zum 1. Januar wurden 250000 Todesfälle infolge des Hungers verzeichnet. 131127 Menschen sind infolge des Hungers von schädlichen Surrogaten erkrankt. Ungefähr 765000 Personen einschließlich 310000 Kindern (22 Prozent der gesamten Bevölkerung) befinden sich im Zustand des absoluten Hungers. Die fürchterlichste Zeit ist gekommen, und die große Mehrheit der Bevölkerung steht vor dem Hungertode. Tragödien, die nicht mehr menschlich genannt werden können, spielen sich in den Dörfern und Hütten ab. Ganze Familien verüben Selbstmord. Kinder werden von ihren Eltern, Eltern von ihren Kindern ermordet. Ganze Familien verlassen ihr Heim, um auf der Suche nach Nahrung planlos umherzuwandern und vor Kälte und Hunger unterwegs zu sterben. Jedes europäische Arbeiter- und Bauer, der Hilfe schickt, kann das Leben seiner Arbeiter- und Bauernbrüder retten. Tausende Tschuwaschen-Kinder, die von dem Gewerkschaftsbund geschickten Lebensmitteln satt geworden sind, sind von unaussprechlicher Dankbarkeit für die von fernem Genossen in fremden Ländern geschickte Hilfe erfüllt. Hunderttausende flehen um Brot. Die bereits geleistete Hilfe erweckt Hoffnungen in jenen, die noch nichts bekommen haben und die zum Hungertode verurteilt sind. Diese Tausende strecken ihre Arme den westlichen Brüdern entgegen. Im Namen der Internationalen Einheit der Völker, im Namen der brüderlichen Solidarität der Werktätigen aller Länder bitten wir euch, alles zu tun, was in eurer Kräfte steht, um uns zu helfen!

Moskau, 12. Februar.

Im Verhalehmer Kreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungersnotkatastrophe besonders groß. Alle Borräte, Strohdächer, Hunde, Katzen und Katten sind längst aufgefressen. Es mehren sich Raub und Mord. Man frisst Kinder und schlachtet sie; in der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Der Empfang der Helfer

Aus Moskau wird uns geschrieben:

Dieser Tage traf hier mit einem bedeutenden Lebensmitteltransport für die Hungernden eine Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein, die aus Vertretern der englischen, belgischen, deutschen und lettischen Gewerkschaften besteht. Die Bolschewisten verheimlichen das Eintreffen der Delegation vor den russischen Arbeitern; in der Sowjetpresse wird ihre Ankunft mit keinem Worte erwähnt. Gemäß der Vereinbarung, die die Sowjetregierung vor zwei Monaten mit D. Grady abgeschlossen hat, ist der Delegation für ihre Hilfstätigkeit das Tschuwaschen-Gebiet zugewiesen worden. Mit vollem Bewußtsein ist gerade ein Gebiet gewählt worden, wo es keine Industrie gibt, damit die Amsterdamer Gewerkschaftsdelegation nicht in Berührung mit der russischen Arbeiterschaft kommen soll. Der Gewerkschaftsdelegation sind weit weniger Rechte eingeräumt worden, als der von den Regierungen und den kapitalistischen Kreisen geschaffenen Hilfsorganisation „Ara“.

Die Ankunft der Amsterdamer Delegation ist nur dadurch registriert worden, daß Losowski den der Roten Gewerkschaftsinternationale angegeschlossenen Organisationen den Befehl erteilte, sich nun an die Organisationen, die zur Amsterdamer Internationale gehören, nicht als „Gäste“ zu bezeichnen.

Die nichtkommunistischen ausländischen Gäste werden sehr kühl behandelt; es wird ihnen nichts gegeben. Als die deutschen Genossen beim Vorstand des Metallarbeiterverbandes erschienen, und der Wunsch ausprochen, daß ihnen irgendein Betrieb gezeigt würde, entstand eine wahre Panik. Man äuterte bei Melnikowski und dann bei Losowski an, um entsprechende Bewilligungen zu erhalten. Losowski sträubte sich lange dagegen, daß der Wunsch der deutschen Gewerkschafter befriedigt werde, und nur auf das energische Drängen der letzteren wurde schließlich die Genehmigung erteilt, daß ihnen einer der Moskauer Fabrikbetriebe gezeigt würde.

Aus der Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie

Ungeachtet der fortgesetzten Verfolgungen, die sich gegen die Sozialdemokratie richten, hat das Petersburger Parteikomitee im Oktober und November drei Flugblätter veröffentlicht, die den Revolutionskampf gegen die Sowjetregierung und dem Jahreskongress der russischen Revolution gewidmet sind. In dem ersten Flugblatt werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Aufhebung des Terrors und der ohne Gericht vorgenommenen Unterdrückungen und Erschießungen; Befreiung der politischen Gefangenen; Beseitigung der Außerordentlichen Kommissionen;
2. Freie Person, der Rede, der Presse und der Versammlungen;
3. Souveräne Räte der Arbeiter- und Bauernabgeordneten, als Weg zur wirklichen politischen und wirtschaftlichen Befreiung mit der Bauernschaft;
4. Freie gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen;
5. Einführung eines Arbeitslohnes, der dem Arbeiter und seiner Familie ein Minimum an Existenzmitteln sicherstellt.

Technische Forderungen wurden in dem zweiten Flugblatt formuliert, das den angeblichen „Sieg“ der Kommunisten bei den Petersburger Sowjetwahlen schilderte. In dem dritten Flugblatt wird das Fazit der vierjährigen Herrschaft der Bolschewisten gezogen und die Arbeiterschaft aufgefordert, „den energischsten Kampf gegen diese bankrotte Partei zu führen, um freie Arbeiterorganisationen, die politische Freiheit und die demokratische Staatsordnung zu erobern“.

Der Luisenhof in Flammen

Großfeuer wurde in der letzten Nacht aus der Dresdener Straße 34-35 (Luisenhof) und vom Kaiser-Franz-Grenadier-Platz gemeldet. Als die 2. Kompanie an der Brandstelle, die durch viele Brände der Feuerwehr schon bekannt war, ankam, stand diesmal auf dem 3. Hofe das mit Zäunung umschlossene befeuerte Quergebäude in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten schon das 3. und 4. Stockwerk ergriffen, in denen sich die Metallschmelzerei von R. Noad und ein galvanisches Institut sowie die Maschinenfabrik von Ernst Behl befinden. Beide Firmen sind harr betroffen worden. Die Feuerwehr mußte mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit kräftig wässern, um die übrigen Betriebe zu kühlen und eine weitere Ausdehnung auf die angrenzenden Seitenflügel zu verhindern, wobei mechanische Leitern den Angriff von außen erleichterten. Die Entstehungsursache war noch nicht zu ermitteln. Vermutlich ist der Brand schon abends ausgebrochen und erst nachts um 1,30 Uhr, als die Flammen bereits aus dem 3. Stock emporstiegen, am Kaiser-Franz-Grenadier-Platz bemerkt worden. Der Schaden ist erheblich. Die Betriebe sollen weitergeführt werden.

Vorher mußte ein größerer Wohnungsbrand in der Wallner-Theater-Straße 25 gelöst werden, der an Möbeln Regalen eines Schuhwarenlagers und an Immobilien lächerlich reiche Nahrung gefunden hatte. Hier sowohl wie in der Scheringstr. 13-23, wo Regale u. a. im Hauptlager der Schwartkopffischen Maschinenfabrik brannten, gelang es bald, eine weitere Ausdehnung der Flammen zu verhindern. Durch Wässern eines Heizungsgefäßes entstanden Gefahren für das Grundstück Dorckstr. 33, die von der Behr beseitigt werden konnten.

Togel? Und so eigen geht es überall zu, in jedem Satz, in jeder Situation. Das Bild aber ist nicht überlappend und verlagert technisch am meisten im letzten Akt. — Den Meister spielt Conrad Beldi in schwarzer Dämmermaske innig und bedeutend, und nicht nur „blühend“, wie die Bassfische der Tauchentente so eine elegante Dämmerleistung zu bezeichnen pflegen. Die übrigen Kräfte fielen wenig auf. Recht schlecht und weinerlich war der Musiker Hans Müllers. Die Regie brachte das Schattenhaft-Schöne eindringlich heraus. A. N.

Die Ausrüstung der neuen Mount-Covert-Expedition. Die englische Expedition, die sich die Bezwingung des Mount Covert, des höchsten Berges der Welt, zur Aufgabe gestellt hat, wird Ende des nächsten Monats England verlassen und hofft im Mai am Fuße des Berges anzukommen. Die Beschaffung der Ausrüstung ist gegenwärtig in vollem Gange. Ein Abgesandter hat sich nach der Schweiz begeben, um dort einige alpine Ausrüstungsgegenstände, besonders eine Anzahl vorzüglicher Steigeisen, zu kaufen. Der größte Teil der Ausrüstung stammt jedoch von englischen Firmen. In dem ersten Teil der Besteigung wird sich die Expedition hauptsächlich von Konserven ernähren, aber bei dem letzten und schwierigsten Teil, der unter dem beständigen Wirbeln von Einstürzen in dünnster Luft erfolgt, wird man bei der Ernährung hauptsächlich auf Gefrierfleisch vom tibetianischen Schaf angewiesen sein. Unter den Ausrüstungsgegenständen befindet sich ein tragbarer Apparat für drahtlose Telegraphie, durch den die Teilnehmer hoffen, mit ihrer Ausgangsstation in Darjiling in ständiger Verbindung zu bleiben. Wenn die Besteigung nicht bereits im Juni vorgenommen werden kann, so wird der Konstant alle Versuche bis zum September unmöglich machen. Der niedrige Luftdruck ist die größte Schwierigkeit, die der Besteigung der Spitze entgegensteht. In den Schweizer Alpen können geliebte Bergsteiger durchschnittlich 1000 Fuß in der Stunde emporsteigen. In den Höhen des Himalaja beträgt diese Durchschnittsleistung nach den Angaben des Herzogs der Abruzzen nicht mehr als 150 Fuß die Stunde. Das bedeutet, daß die Expedition, nachdem sie den höchsten bisher erreichten Punkt überhunden hat, die noch übrig bleibenden 6000 Fuß in drei Tagen angegrinsten Steigens zurücklegen kann. Während derselben Strecke bei der Besteigung des Mont Blanc in 6 Stunden genommen werden kann. Das letzte Stück bis zum Gipfel soll von vier Teilnehmern zurückgelegt werden, die besonders geliebte und ausdauernde Bergsteiger sind und denen man vorher die möglichste Ruhe gönnen wird. Obwohl zwei Leute schneller steigen als vier, so ist doch die größere Zahl notwendig, weil beim Versagen eines Mitgliedes ein anderer mit ihm zurückgeschickt werden kann, so daß immer noch zwei zur Vollenbung der schwierigen Aufgabe übrig bleiben.

Ein Gesundheitsbericht des Völkerbundes. Die Gesundheitskommission des Völkerbundes hat einen Bericht über die Ergebnisse ihrer epidemiologischen und sanitären Studien in Ostentropa vom Jahre 1921 herausgegeben. Wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, bieten die zahlreichen Tabellen und Kartenfiguren ein interessantes Bild von der Pflanzung und Verbreitung der wichtigsten Infektionskrankheiten und

des Storbuts in Russland und den übrigen slavischen Staaten, in den baltischen Ländern und teilweise auch in Oesterreich und Deutschland. Auch eine Statistik über die Verteilung, Art und Leistungsfähigkeit der Sanitäts- und Verpflegungsstationen in Westrußland und der Ukraine wird gegeben. Ein Auszug, der über die Geschichte der russischen Volksjahre unterrichtet, zeigt, daß die letzte allgemeine Zählung 1897 stattgefunden hat. Erst 1920 wurde wieder der Versuch einer allgemeinen Zählung gemacht, der aber daran scheiterte, daß 13 Gouvernements unzugänglich waren. Die in 68 Bezirken durchgeführte Zählung läßt erkennen, daß die Bevölkerung überall stark abgenommen hat und besonders die großen Städte schwere Einbußen erlitten.

Volkswirtschaftliche Kulturarbeit. Vor kurzem erschien in Sowjetrußland die Schrift von Newski und Chersonstaja „Sammlung von Aufgaben für die Fortbildungsarbeit der Bibliotheken“, die neben anderem folgende „Aufgabe“ enthält: „Ein 12jähriges Mädchen verabschiedet das Väterchen. Der Vater ist ein angelegener Menschewist. Es ist ein Verzeichnis von Büchern anzugeben, deren Lektüre das Mädchen veranlassen soll, seinen inkonkripten Absichten vor dem roten Terror aufzugeben.“ — Wie die Verfasser mitteilen, werden die in ihrer Schrift enthaltenen Aufgaben auch in den Kursen für Fortbildungslehre zum Unterricht benutzt. Der Kampf gegen die tief menschlichen Instinkte der Kinderfresser wird also in Sowjetrußland systematisch und energisch geführt — alles im Namen der „proletarischen Kultur“, als deren Vorkämpfer sich die Bolschewisten mit Vorliebe ausgeben.

Tages-Notizen

Bolschewistenkonzert im Großen Schauspielhaus. Das erste Bolschewistenkonzert des Großen Schauspielhauses fand Sonntag, den 20. Februar, um 11 1/2 Uhr. Nach dem Vortrag gelangten unter der Leitung von Klara Pringsheim Kunstwerke Gornitski-Duressire und Violinkonzert (Solist: Georg Kulenkampf-Pohl) sowie Schuberts C-Dur-Symphonie. Kartenverkauf durch die Gewerkschaftskommission im Gesellschaftshaus, Engelstraße 25, sowie in den meisten größeren Betrieben.

Die Arbeiter-Kunstausstellung (Petersonsberger Str. 26) eröffnet Sonntag eine neue Ausstellung, in der Arbeitermaler und Berufskünstler (Willy Jäger, Marcel Kugel u. a.) ihre Werke gemeinsam zeigen werden. Wer noch ausstellen möchte, melde sich umgehend im Bureau der U. S. P. (Telephon: Hagenstraße 232). — Ein Friedhof verliert seinen 3. Bestrahlung, der am 8. Februar stattfinden sollte, auf Sonntag, den 8. März.

Prof. Reichel wird über „Aufgaben der modernen Baukunst“ auf Einladung der Pflanzschule U. S. P. nicht, wie ursprünglich angeht, am 18. und 25. Februar, sondern nur am 25. in der Aula des Kunstgewerkschaftshauses sprechen. Einflugzeit 2,30 Uhr.

Verträge. Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Freitag, 7 Uhr, Schergeral der Berliner Kaufmanns, Vertragsgesellschaft mit Dörfelien. Genelle Prof. Rudolf Bergner spricht über die Stellung des Vorkaufmanns zu den wirtschaftlichen Sozialen. — Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Aula Kochstr. 13, Vortrag Sozialist Dr. Magnus Hirschfeld: „Die sexuelle Zwitterung“ unter besonderer Berücksichtigung der Pflanzschule U. S. P. Eintrittspreise 4 M.

Wie die kaiserliche Kaufmanns. Die jugendliche Verheiratung (Kaufmanns) veranstaltet Sonntag, 7 Uhr, im Kaiser-Saal, Engelstr. 17-18, einen 2. Preiswettbewerb. Der Wettbewerb umgibt die kaiserliche Kinder in Ostland. Mitwirkende: Frau Hirschfeld, Frau Schergeral, H. Wolff, Frau Götz, Marie H. Zum Schluß 2. Preis!

Wozu man Geld hat

In der an der äußersten Peripherie von Groß-Berlin gelegenen Groß-Berliner Gemeinde Staaken herrscht große Erregung. Die Ursache dieser Erregung ist in dem von einigen Kirchlichen beabsichtigten Bau einer Kapelle zu suchen. Obwohl in Staaken die Kirchengemeinde bereits ein Gebäude besitzt zur Abhaltung von Kultushandlungen, trägt sie sich mit der Absicht, eine Kapelle in der Gartenstadt zu errichten. Sie stützt sich dabei auf einen bei der Erbauung der Gartenstadt von der Regierung gegründeten Kirchenbaufonds in Höhe von 100.000 M. Bekanntlich strotzt der Wohnungsbau überall, weil ein Bauvorhaben heutzutage zu viel Geld verschlingt; der Kirchenbau, noch unrentabler, wird einfach vorgenommen. Eine Versammlung der Einwohnerschaft sprach in einer öffentlichen, sehr gut besuchten Versammlung diese Angelegenheit und nahm nachstehende Entschliessung an:

Die am 4. Februar 1922 verammelte Einwohnerschaft Staakens lehnt den Beschluß der Kirchenvertretung, in der Gartenstadt eine Kapelle zu errichten, ab. Das durchgängig christlich gefühlte Dorf Staaken besitzt eine erwiesenermaßen sehr schwach besuchte Kirche, die von den wenigen Kirchgängern der Gartenstadt in 20 Minuten erreichbar ist. Demnach ist der Kirchenbau für die Gartenstadt nicht notwendig. Angesichts der großen Wohnungsnot und der dadurch bedingten allgemeinen sittlichen Gefährdung wird es von der Versammlung aufs schärfste verurteilt, daß aus Staatsmitteln Gelder für diese Einrichtung zur Verfügung gestellt werden. Die Einwohnerschaft des Dorfes Staaken und der Gartenstadt erwartet deshalb bestimmt, daß von der Errichtung einer Kapelle in der Gartenstadt Abstand genommen wird.

Vielleicht melden sich die Behörden, die im Jahre 1914 bei Erbauung der Gartenstadt 100.000 M. für den Kirchenbau hergaben und vor lauter Frömmigkeit vergaßen, in der so abgelegenen Gartenstadt die für die Volksgesundheit dringend notwendige Turnhalle zu erbauen.

Die heutigen Versammlungen beginnen pünktlich um 7 Uhr abends in den am Sonntag besannengebenden Lokalen. Die Versammlungsleiter werden ersucht, der Redaktion der „Freiheit“ einen kurzen, sachlichen Bericht zu übermitteln.

„Bernau bei Berlin.“ Der Regierungspräsident in Potsdam hat von Landespolizei wegen bestimmt, daß die amtliche Bezeichnung für die politische Stadtgemeinde Bernau (Mark) im Kreise Niederbarnim fortan „Bernau bei Berlin“ ist.

Die Erweiterung des Provinzial-Schulkollegiums. Die infolge der Zusammenfassung des Groß-Berliner Volksschulwesens bedingte Erweiterung der zweiten Abteilung des Provinzial-Schulkollegiums wird am 15. Februar durchgeführt. Mit diesem Tage werden die bisher der Schulabteilung der Regierung in Potsdam unterstehenden Gemeindeschulen und Privatschulen in den früheren Groß-Berliner Bezirken der zweiten Abteilung des Provinzial-Schulkollegiums unterstellt. Für die neue dritte Abteilung des Provinzial-Schulkollegiums, die die Staatsschulen über die Koch- und Fortbildungsschulen Berlins führt, sind die endgültigen Ernennungen der leitenden Beamten noch nicht erfolgt; sämtliche Stellen werden augenblicklich noch kommissarisch verwaltet.

Ein Jubiläum. Heute kann der Genosse August Rosenknecht das für einen Arbeiter letzte Fest des 70. Geburtstages feiern. Genosse Rosenknecht, der über 30 Jahre in der sozialistischen Bewegung immer seinen Mann gestanden hat, gehört noch heute zu den besten Mitarbeitern in unserer Partei. Unermüdet war er stets in der Kleinarbeit, noch heute ist er einer der eifrigsten Mitarbeiter. Im engeren Kreise, lebt im 11. Distrikt, ist er stets allen Jüngeren ein Vorbild gewesen. Wir hoffen, daß er zum Ruhm der Arbeiterbewegung seine unermüdete Tätigkeit noch recht viele Jahre fortsetzen kann.

Besser kennen! Zahllos sind die Unfälle, die in den letzten Tagen, besonders aber in den Nächten infolge Glätte, Eis- und Schneehaus, auf den Bürgersteigen usw. zu verzeichnen waren. Da die Hausbesitzer in vielen Fällen regungslos gemacht werden, haben die Gerichte viel mit Unfallsagen zu tun. Sie würden vermieden werden, wenn die Hausbesitzer energischer dafür sorgen würden, daß mehr und besser gestreut wird.

Einbrecher als Brandstifter. Einbrecher haben am Montag nachmittags um ihre Tat zu verdecken, in der Lynarstraße 26 mehrere Bodenverklügel angezündet. Zum Glück wurde die Gefahr bald bemerkt und konnte die Brandherde schnell gelöscht. Gleichzeitig wurden Gasvergiftungen aus der Invalidenstraße 94, Matternstr. 19, Kopenstr. 99, Alten Schönhauser Straße 2 vom Platz vor dem „Neuen Tor“ Nr. 2 u. a. Stellen gemeldet. In der Kominiener Str. 34 brannte ein Stall, Admiralstraße 27 ein Keller und Kirchstr. 10a in einem Lagerraum Öl u. a.

Auf der Straße erloschen wurde in der gestrigen Nacht der 33 Jahre alte Hilfsmonteur August Saleit aus der Wolfener Straße 42 von dem Kraftwagenfahrer Georg Sauer mann aus der Demmlinger Straße 28. Der Täter wurde verhaftet. Sauer mann belästigte an der Ecke der Brunnen- und Schönholzer Straße zwei Frauen die sich mit ihren Ehemännern auf dem Nachhausewege befanden. Es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf Sauer mann zum Messer griff und dem Hilfsmonteur August Saleit einen Stich in die Brust beibrachte. Passanten brachten den Verletzten nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo der Arzt nur noch den Tod feststellen vermochte. Der Messerheld wollte jetzt verschwinden, wurde aber von Passanten verfolgt und von hinzukommenden Beamten der Schutzpolizei festgenommen und nach der Weddingwache gebracht.

Gewerkschaftliches

Gesamt-Vorstandssitzung des AFA-Bundes

Der Gesamtvorstand des AFA-Bundes hat sich in seiner Sitzung vom 13. Februar mit den beendeten Streiks der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und der städtischen Arbeiter Berlins eingehend befaßt. Die Haltung des engeren geschäftsführenden Vorstandes und seiner Verhandlungsführer bedingt sich in allen Teilen mit dem Standpunkt des Gesamtvorstandes. Durch den Beamtenstreik ist die Organisationsfrage wieder akuter und es hat sich gezeigt, daß eine organisatorische Eingliederung der Beamtenbewegung in die große freigewerkschaftliche Gesamtbewegung unerlässlich notwendig ist.

Anschließend an die obige offizielle Mitteilung, die uns zuzuging, möchten wir bemerken, daß die Durchführung der Dreifächentheorie, d. h. den Deutschen Beamtenbund — D. B. B. — einzugliedern ähnlich wie die AFA dem A. D. G. B., uns nach den eben abgelegten Proben der dem Beamtenbund angeschlossenen Verbände vollständig aussichtslos erscheint. Hinzu kommt, daß einzelne Beamtenverbände des D. B. B. gegen dieses Ziel ebenso systematisch wie aggressiv arbeiten, wie z. B. die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, wofür wir an dieser Stelle in unserer Sonntagsnummer einige reizende Proben erbrachten. Deshalb erscheint es auch uns jetzt unerlässlich, die Beamten auf freigewerkschaftlicher Grundlage zu formieren, eine Maßnahme, vor der jene Jünger in Reinkultur Angst haben und sie durch lächerliche Tricks zu verhindern suchen. Der A. D. G. B. und die AFA werden nun nicht umhin können, diese Arbeit in Angriff zu nehmen.

An die internierten Rothfeller in Tegel

Wir erhielten Kenntnis von den skandalösen Vorgängen in der Luftschiffkaserne in Tegel, in der gegen 300 Rothfeller fünf Tage lang interniert wurden. Wir fordern weitere Zeugen auf, insbesondere ein gewisser Redlich, Dörstler, 5, kommt in Frage, sich bei uns in der Redaktion, möglichst vormittags von 11—12 oder abends nach 7 Uhr zu melden.

Stellungnahme der gemahregelten Straßenbahner

In einer Versammlung der gemahregelten Straßenbahner am Montag schilderte Genosse Hiller die Situation. Er betonte mit allem Nachdruck, daß es von allem Anfang an die Hauptaufgabe der Organisation gewesen sei und auch bleiben werde, die Zahl der Gemahregelten auf ein Minimum zu beschränken. Die Tätigkeit der Organisation sei notwendig, weil besonders die Verwaltung der Straßenbahn entgegen den Beschlüssen und Forderungen des Magistrats gehandelt hat. Die Brutalitäten solcher Gemahregelten in der Verwaltung der Straßenbahn hatten zur Folge, daß auf einzelnen Bahnhöfen ein Personal mangel zu verzeichnen ist, so daß Personal von anderen Bahnhöfen einbringen mußte. Sogar die Leitung von U-Bahnstrecken wurde gefordert. Zum Schluß wies der Referent nochmals darauf hin, daß von seiten der Organisation nichts unversucht bleiben wird, die Zahl der auf der Straße gebliebenen Straßenbahner ganz wesentlich zu verkleinern.

Nach längerer Aussprache beschloß die Versammlung, die Betriebsratzentrale aufzufordern, eine Generalversammlung der Betriebsräte einzuberufen, die erneut zu der Frage eines Generalstreiks Stellung nehmen soll. Zwei andere Beschlüsse fordern zum Lohnstreik und die Anhebung einer allgemeinen Gemahregeltenversammlung und die Einberufung einer Funktionärerversammlung des Kartells, die zu den Entlassungen der städtischen Arbeiter Stellung nehmen soll.

Lohnforderungen der Holzarbeiter

In einer gutbesuchten Versammlung am 13. Februar in Allems Feststätten beschäftigten sich die Vertrauensmänner des Holzarbeiter-Verbandes mit der Kündigung des Lohnstreiks. Bevollmächtigter Boese gab bekannt, daß die Ortsverwaltung den Unternehmern einen Antrag auf Erhöhung der Löhne ab 15. Februar um 3 M. unterbreitet habe. Die Vertrauensleute haben zu gleicher Zeit in ihren Betrieben diese Erhöhung zu fordern, um damit die Verhandlungen zu beschleunigen. Die Ortsverwaltung schlägt vor, den Lohnstreik zum 1. März zu kündigen.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner für Kündigung des Tarifes aus und demgegenüber die von der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Sätze, da sie keineswegs einen Ausleich für die herrschende und stetig wachsende Teuerung schaffen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag der Ortsverwaltung, ab 15. Februar eine Teuerungszulage von 3 M. zu beantragen, einstimmig zu und folgte folgende Resolution: „Die am 13. Februar 1922 in Allems Feststätten tagende Vertrauensmänner-Versammlung beschließt, den am 28. Februar ablaufenden Lohnstreik zu kündigen. Alle z. Zt. bestehenden Tariflöhne werden um 50 Prozent erhöht.“ Freigang wies darauf hin, daß die erhöhten Aufkosten auch eine Beitragserhöhung notwendig machen und eine Ur-

abstimmung am 20. Februar darüber stattfinden soll. Da in kürzester Zeit der Abschluß einer Lehrlingsordnung erfolgen wird, müssen die Kollegen alle Mißstände in der Frage der Lehrlingsausbildung dem Verbandsrat sofort als Material übermitteln.

Arbeitslosenentwurf der Metall-Industrie

Die am Montag, dem 13. Februar 1922, zwischen den Arbeitslosen-Organisationen und dem Verband Berliner Metall-Industrieller erneut geführten Verhandlungen haben zu einem Abkommen geführt, das in seinen wesentlichen Punkten nachstehend wiedergegeben ist:

Mit Wirkung vom 1. Februar 1922 werden die seitigeren Grundgehälter des Tarifvertrages vom 28. 6. 1920 zusätzlich der 60.— M. gemäß Schiedsspruch vom 21. 12. 1920 verdoppelt und der hierzu zu zahlende Teuerungszuschlag auf 115 Proz. bemessen. Die Höhe der Ehefrauen- und Kinderzulage bleibt unverändert.

Die Auszahlung geschieht in der Weise, daß von der Teuerungszulage von 115 Proz. 15 Prozent nicht monatlich, sondern gemäß der Vereinbarung vom 10. 12. 1921 in Verbindung mit Ziffer 2 der vom Verband Berliner Metall-Industrieller am 15. 11. 1921 getroffenen Regelung für drei Monate zusammen Ende März 1922 zur Auszahlung gelangen; das gleiche gilt für je 75.— M. der Ehefrauen- und Kinderzulage.

Die vereinbarten Gehaltsjahre gelten für den Monat Februar und laufen automatisch ohne vorherige Kündigung ultimo Februar ab.

Die AFA-Funktionäre werden in einzelnen Funktionär-Versammlungen des 3. u. A. D. M. B. und Satzung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen. Der ausführliche Wortlaut des Abkommens ist bei den einzelnen Verbänden wie auch im AFA-Ortsrat, Berlin N 30, Reinholdstraße 118, erhältlich.

Leitungsarbeiter. Die Forderung Leitungsarbeiter des Transportarbeiterverbandes wählte folgende neue Branchenleitung: Sydow, Walter, Gräner, Penzner, Knorr, Bonkowitz und Hädrich. Ein Antrag fand Annahme, die Organisation zu beantragen, mit den Arbeitgebern in sofortige Verhandlung einzutreten, daß für die in den Leitungsarbeiten tätigen Arbeitnehmer die Urlaubsgewährung so durchgeführt wird, wie diese für das Baugewerbe im Hochbau geregelt worden ist. Die Einführung einer Agitationskasse wurde als notwendig anerkannt. Ferner wurde beschlossen, 2 Mark monatlich ab 1. Januar für dieselbe abzuführen.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Eine Delegiertenversammlung trat am 12. Februar und beschäftigte sich mit den beiden letzten Streiks. Die Versammlungen waren mit der Haltung des A. D. G. B. und der AFA nicht einverstanden und verlangten nachdrücklich, daß Maßnahmen zu unterbleiben haben, wofür die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften sich einsetzen sollen.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 14. Februar
15. Vermittlungsbeirat (Mittelsender, Hakenberg). Abends 7 1/2 Uhr Frauenabend bei Kinnelberg, Schwanen Straße, Vertung der Genossin Eva Seger über: Die wirtschaftliche Lage der proletarischen Frau.

Mittwoch, 15. Februar
1. Vermittlungsbeirat, 17. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung, Schule Petersburger Str. 4. Vortrag des Genossen Stadtrat Kohn.
3. Vermittlungsbeirat, 17. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der gemeinsamen Mittelsender mit Stadt- und Bezirksvereinen bei Dreife. Vorber. Abrechnung.
1. Distrikt (Berlin-Mitte). Abends 7 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes bei Tams, Schlegelstr. 9. Erhaltenes unbedingt einberufen.
10. Distrikt. Frau- und Delegiertenabend. Abends 7 Uhr Neubeginn im neuen Lokal, Hagenstraße, Katholische Schule, im Rinderhorst park. Die Mitglieder der S. V. A. sind alle Parteimitglieder werden als Teilnehmer erwartet.
12. Distrikt. Abends 7 Uhr engerer Parteivorstand bei Hofmann, Rudower Str. 4.
5. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Bildungscommission bei Hügel, Kienmühlstr.
11. Distrikt (Kreuzberg). Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Heiser, Diefenbachstr. 76.
Spandau. Abteilung Helfkahl. Abends 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung im Restaurant Krifaner. Die Gruppenleiter loben ein.

Donnerstag, 16. Februar
1. Verwaltungsbeirat, 7. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung im Lokal von Schulz, Comarstr. 28. Beschäftigtes Erhaltenes teilnehmen.
Kreuzberg-Bez. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung des 24. Bezirks bei Kohn, Kriegerstr. 4. Jeder arbeitstätige Genosse ist eingeladen.

Freitag, 17. Februar
1. Verwaltungsbeirat. Elternbeirat. Abends 7 Uhr Vollversammlung in der Schule Petersburger Str. 4. Sehr wichtige Tagesordnung. Referent: Lehrer Gen. Winter.
7. Distrikt. Abends 8 Uhr Hochabend bei Carus, Kollstr. 37.

Tereinskalender

Mittwoch, 15. Februar
Deutscher Metallarbeiter-Verband. Nachm. 5 Uhr Versammlung aller Werkmeister der Film-Industrie und Graphischen Berufs bei Brandenburg, Stralauer Str. 3. Freizeitsport-Gemeinde. Abends 7 1/2 Uhr, Pappel-Wiese 16, Mitgliederbesprechung. Mitgliedsliste ist vorzulegen.

Unsernlang eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend konkreter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Ausland.

Verantwortlich für Inhalt und Druck: Dr. Paul Berg, Charlottenberg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: A. Genzel, Berlin; für den Internationalen und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommer, Berlin - Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Berlin - Druck der Berliner Truderdruk G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Straße 5-9.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Berlin

Achtung! Achtung! Gemäßregelte!

Wir machen unsere gemäßregelten Mitglieder darauf aufmerksam, daß wir zur Abstempelung der Legitimationskarten folgende Kontrollstellen eingerichtet haben:

Zentrum: Ortsbureau, Johannisstr. 14-15, II. Etage, Zimmer 13
 NW: Casar, Alt-Moabit 119
 N: Unehmer, Triftstraße 49
 N: Krause, Badstraße 62
 N: Kuh, Danziger Straße 34
 D: Franke, Hausbergstraße 4
 SO: Rein, Urbanstraße 29
 SW: Böhmchen, Kreuzbergstraße 12

Charlottenberg: Kirchhoffstraße 9, Betriebsratszimmer
 Lichtenberg: Pickenhagen, Scharnweberstraße 60
 Neukölln: Groß, Münchener Straße 52
 Pankow: Vater, Mühlenstraße 12
 Schöneberg: Grundt, Reiningers Straße 8
 Steglitz: Schulz, Birkenbuschstraße 93
 Weißensee: Hebel, Greifswalder Straße 157
 Wilmersdorf: Kulka, Lauenburger Straße 21

Die Abstempelung erfolgt täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags und zwar nur für den betreffenden Tag. Jeder Gemahregelte muß persönlich zur Kontrolle erscheinen. Jeder Kollege resp. jede Kollegin können die für sie passende Kontrollstelle benutzen. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt Sonnabends von 10 bis 12 Uhr in den entsprechenden Kontrollstellen. Jedes Mitglied erhält seine Unterstützung in der Kontrollstelle, in der die Abstempelung der Kontrollkarte vorgenommen worden ist. Als Ausweis gilt Mitgliedsbuch resp. Karte, Kontrollkarte und Invalidentaxe.

Die Ortsverwaltung.

Geschichte der USPD.

Von Eugen Prager

In dauerhaftem Halbleinband 50.— Mark

Ist vorgriffen!

Neue Auflage erscheint Ende Februar!

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2 Breite Straße 5-9

Trauringe

zu Engrospreisen, Dr. ab Fabrik an Ortsw.

Massiv Gold

Goldwarenfabrik H. Schneider & Sohn

Brunnenstraße 41

Verkaufsräume u. Kontor vom 1. Trp.

Botenfrauen sofort gesucht!

Austragelohn pro Monat u. Abonnement M. 4.20

Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9

Expedition Werner Greifswalder Straße 29

Expedition Wuyh Chormer Straße 68

für Tour Mejer, Straßburger, Hönklich- und Schwimmländer Straße

Expedition Bohmann Hufitenstraße 43

Expedition Glicke Pankstraße 60 (Laden)

Expedition Kolbe D, Weberstraße 25

Expedition Schulze Lichtenberg, Eitelstr. 30

Expedition Reifewitz Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25

Expedition Wiese Neukölln, Neckarstraße 3

Schöne Literatur für die schulentlassene Jugend

32 Leben hinein für die Jugend zusammengeheftet von Gg. Engelbert Graf elegant gebunden 12 Mark

Die Schwelle Gedichte u. Gedanken für d. proletarische Jugend herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Reulicher elegant gebunden 12 Mark

Ueber See und Heide Gedichten und Wanderungen von Paul John mit zahlreichen Illustrationen u. 3 Kunstblättern elegant gebunden 12 Mark

Romeo und Julia auf dem Dorfe Erzählung von Gottfried Keller mit einer Einleitung von Hans Sternfeld; Buchdruck von Otto Scholl; Gelbklein-Druck elegant gebunden 12 Mark

Diese Bücher eignen sich ganz besonders als Festgeschenke für die schulentlassene Jugend zur Schulentlassungsfeier / Jugendweihe

Bestellungen sind zu richten an:

Buchhandlung „Freiheit“ e. G. m. b. H. Berlin C 2 Breite Str. 5-9